

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 9. Juni 1949.

355/J

A n f r a g e

der Abg. Ing. Strobl und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die von Baron Rothschild angebotene Überleitung eines Wald-
besitzes in österreichischen Staatsbesitz.

-.-.-.-

Es liegt in der erwünschten Richtung einer gesunden Grundverkehrs-
politik, den Bodenbesitz fremder Staatsbürger in Österreich in einen öster-
reichischen Besitz umzuleiten.

Vor über einem Jahr hat Baron Louis Rothschild seinen fast 5.000
ha grossen Waldbesitz in Waidhofen a.d. Ybbs dem Staate zur Übernahme
angeboten. Als Gegenleistung verlangt Baron Rothschild die Übernahme der
bis zum Jahre 1938 seinem Hause erwachsenen Pensionslasten.

Nach den angestellten Berechnungen beträgt der Vorwert dieser zeit-
lich begrenzten jährlichen Pensionslasten etwa 10 Millionen Schilling. Die
von dem 5.000 ha grossen Forstbetrieb entfallenden jährlichen, jedoch
nachhaltigen Einnahmen repräsentieren dagegen einen Vorwert, der grösser
ist als der Vorwert der Pensionslasten.

Über dieses Angebot wird seit über ein Jahr im Finanzministerium
beraten. Die Entscheidung wird immer wieder hinausgeschoben. Da die Erwer-
bung dieses Besitzes durch den österreichischen Staat im volkswirtschaft-
lichen Interesse liegt, wäre eine Aufklärung des Parlamentes über die Gründe
der Verzögerung sehr erwünscht.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundes-
minister für Finanzen die

A n f r a g e .

ob er bereit wäre, dem Parlament zu berichten, warum das Angebot des Baron
Rothschild bisher einer aufrechten Erledigung nicht zugeführt werden konnte
und welche Hindernisse einer aufrechten Erledigung entgegenstehen.

-.-.-.-